Windkraft kritisch hinterfragen:

Jetzt den Gemeinden schreiben

Neue Entwicklungen rund um das Klimaszenario RCP8.5 werfen Fragen zur Verhältnismässigkeit geplanter Windkraftprojekte auf. Mit Textvorlagen und -Bausteinen unterstützen wir Bürger dabei, Gemeinden sachlich und konstruktiv anzuschreiben.

Die energie- und klimapolitische Diskussion befindet sich in Bewegung. Gerade deshalb lohnt es sich, Projekte mit weitreichenden Auswirkungen auf Landschaft, Natur- und Lebensräume nochmals sorgfältig zu hinterfragen.

Mit der zunehmenden Distanzierung selbst innerhalb der internationalen Klimaforschung vom lange dominierenden Extrem-Szenario RCP8.5 gerät auch die politische Dringlichkeitsrhetorik der vergangenen Jahre unter Druck. Genau dieses Szenario prägte jedoch massgeblich die öffentliche Wahrnehmung angeblich alternativloser Klima- und Energiepolitik.

Das Katastrophenszenario verlässt die Bühne: Es gibt Momente, in denen ein ganzes politisches Erzählgebäude nicht mit einem Knall einstürzt, sondern mit einem trockenen Satz in einem wissenschaftlichen Fachpapier. Genau so ein Satz steht nun im neuen Szenarienrahmen für die nächste Generation der Klimamodelle. Das berüchtigte Hoch-Emissionsszenario SSP5-8.5, früher bekannt als RCP8.5, sei für das 21. Jahrhundert «implausibel» geworden.



Mehr dazu in unserem Beitrag: „RCP8.5 ist tot: Die Klimapanik verliert ihr Lieblingsgespenst“

Gerade deshalb erscheint es sinnvoll und legitim, bei konkreten Projekten auf Gemeindeebene nochmals genauer hinzuschauen:

- Sind Nutzen und Eingriffe wirklich verhältnismässig?
- Wurden Landschaftsschutz, Natur, Infrastruktur und langfristige Folgen transparent geprüft?
- Wurden alle betroffenen Gemeinden und Anwohner ausreichend einbezogen?
- Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen auf Gemeindeebene noch?

Viele Menschen verspüren heute zwar Unbehagen gegenüber grossen Windkraftprojekten, wissen aber nicht, wie sie dieses sachlich formulieren sollen. Deshalb stellen wir nachfolgend einen offenen Bausteinkasten zur Verfügung, der als Grundlage für persönliche Schreiben an Gemeinden, Behörden oder politische Verantwortliche dienen kann.

Die Texte dürfen angepasst, ergänzt und mit lokalen Erfahrungen erweitert werden. Gerade persönliche Beobachtungen und konkrete Auswirkungen vor Ort machen sichtbar, dass es hier nicht um abstrakte Klimamodelle geht, sondern um reale Eingriffe in gewachsene Lebensräume und Landschaften.

> Demokratische Mitsprache lebt davon, dass Bürger ihre Stimme erheben: respektvoll, sachlich und rechtzeitig.

Textvorlage /-bausteine

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit wachsender Sorge betrachten wir als Einwohner der Gemeinde [GEMEINDE] die aktuellen Planungen für Windkraftanlagen mit potenziell weitreichenden Auswirkungen auf Landschaft, Wald, Lebensraum und Infrastruktur unserer Region.

Unabhängig von der grundsätzlichen Haltung zur Energiepolitik stellen sich dabei zahlreiche Fragen bezüglich **Landschaftsschutz, Naturverbrauch, Versorgungssicherheit, demokratischer Mitsprache sowie der Verhältnismässigkeit der vorgesehenen Eingriffe.**

Gerade Projekte mit potenziell irreversiblen Auswirkungen auf Landschaftsbild, Naherholungsräume, Lebensqualität und Infrastruktur erfordern aus unserer Sicht eine besonders sorgfältige, transparente und faktenbasierte Prüfung unter umfassendem Einbezug der betroffenen Bevölkerung und Nachbargemeinden.

Im vorliegenden Fall bestehen aus unserer Sicht weiterhin wesentliche offene Fragen:

- Auswirkungen auf Landschaftsbild, Naherholungsraum und Waldgebiete
- Eingriffe durch Rodungen, Schwertransporte und neue Zufahrtswege
- Auswirkungen auf Tierwelt und sensible Lebensräume
- tatsächlicher energetischer Nutzen im Verhältnis zum Eingriff
- Fragen zur Versorgungssicherheit bei stark schwankender Produktion
- langfristige Kosten, Rückbau- und Infrastrukturfolgen
- grenzüberschreitende Auswirkungen auf Nachbargemeinden
- Nutzung bestehender Verkehrswege und notwendige Bewilligungen

- ausreichende demokratische Mitsprache der betroffenen Bevölkerung

Besonders kritisch erscheint uns, dass betroffene Gemeinden und Anwohner vielerorts erst sehr spät oder nur unzureichend in entsprechende Planungen einbezogen werden. Gerade bei Projekten mit langfristigen Auswirkungen auf Natur- und Lebensräume sollte Transparenz und partnerschaftliche Zusammenarbeit selbstverständlich sein.

Darüber hinaus irritiert uns, dass tiefgreifende Eingriffe in Landschaft, Wald und Lebensraum weiterhin mit einer politischen und medialen Dringlichkeitsrhetorik begründet werden, obwohl zentrale Hoch-Emissionsszenarien des IPCC inzwischen selbst innerhalb der internationalen Klimaforschung als zunehmend unplausibel eingestuft werden.

Das über Jahre dominierende Extrem-Szenario RCP8.5 beziehungsweise SSP5-8.5, das als Grundlage zahlreicher Alarmprognosen diente, wird im neuen Szenarienrahmen für den kommenden IPCC-Zyklus nicht mehr als plausibler Referenzpfad geführt. Entsprechende Diskussionen finden sich unter anderem bei Roger Pielke Jr., in Veröffentlichungen zum neuen CMIP7-/ScenarioMIP-Rahmen sowie inzwischen auch in Schweizer Medienberichten.

Gerade dieses Szenario prägte jedoch während Jahren die öffentliche Wahrnehmung angeblich alternativloser Klima- und Energiepolitik. **Wenn selbst innerhalb der internationalen Klimaforschung zentrale Worst-Case-Annahmen zunehmend relativiert werden, stellt sich zwangsläufig die Frage, weshalb auf Gemeindeebene weiterhin irreversible Eingriffe in sensible Natur- und Grenzräume mit einer derartigen Alternativlosigkeit vorangetrieben werden.**

Wir erwarten deshalb keine moralischen Schlagworte, sondern eine öffentliche, transparente und faktenbasierte Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. tatsächlicher energetischer Nutzen der geplanten Anlagen
2. Verhältnis zwischen Energieertrag und Eingriff in Landschaft, Wald und Lebensraum
3. Auswirkungen auf Infrastruktur, Natur- und Landschaftsschutz
4. grenzüberschreitende Folgen für Nachbargemeinden
5. langfristige Kosten-, Rückbau- und Entsorgungsfolgen
6. Verwendung von Klimaszenarien, die im neuen IPCC-/CMIP7-Rahmen selbst

nicht mehr als plausibler Referenzpfad geführt werden

Es kann nicht angehen, dass Projekte mit irreversiblen Auswirkungen auf sensible Natur- und Lebensräume vorangetrieben werden, ohne dass diese Fragen zuvor nachvollziehbar beantwortet und sämtliche betroffenen Gemeinden umfassend einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüssen

„Was kann ich tun?“

Jetzt ist der Moment, sich sachlich, respektvoll und konstruktiv in die Diskussion einzubringen.

Wer Fragen zu geplanten Windkraftprojekten hat, sollte diese nicht nur im privaten Gespräch äussern, sondern direkt an Gemeinden und Verantwortliche richten – schriftlich, nachvollziehbar und möglichst konkret.

Besonders wirkungsvoll kann es sein:

- persönliche Schreiben an Gemeinderäte und Nachbargemeinden zu verfassen
- Gemeindeversammlungen zu besuchen *(siehe nachfolgender Punkt)*
- offizielle Anfragen gemäss Gemeindegesetz einzureichen
- Transparenz und öffentliche Stellungnahmen zu konkreten Fragen einzufordern

Gerade auf Gemeindeebene bestehen oft noch Möglichkeiten, Informationen einzuholen, Verfahren kritisch zu begleiten und Mitsprache wahrzunehmen.

Entscheidend ist dabei ein sachlicher Ton. Nicht Polemik, sondern präzise Fragen zu Natur, Landschaft, Infrastruktur, Mitsprache und Verhältnismässigkeit schaffen Aufmerksamkeit und fördern eine offene Diskussion.

Demokratie lebt davon, dass Bürger ihre Stimme erheben, bevor irreversible Entscheidungen getroffen werden.

Anfragerecht

§ 17. [1] Die Stimmberechtigten können über Angelegenheiten der Gemeinde von allgemeinem Interesse Anfragen einreichen und deren Beantwortung in der Gemeindeversammlung verlangen. Sie richten die Anfrage schriftlich an den Gemeindevorstand.

[2] Anfragen, die spätestens zehn Arbeitstage vor einer Versammlung eingereicht werden, beantwortet der Gemeindevorstand spätestens einen Tag vor dieser Versammlung schriftlich.

[3] In der Versammlung werden die Anfrage und die Antwort bekannt gegeben. Die anfragende Person kann zur Antwort Stellung nehmen. Die Versammlung kann beschliessen, dass eine Diskussion stattfindet.

Beispiel: §17 Gemeindegesetz Kanton Zürich